

ERNST-MORITZ-ARNDT
UNIVERSITÄT GREIFSWALD

RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTLICHE
FAKULTÄT



Schuldenexplosion trotz Zinslastschwund

Partialanalysen zur Schuldenpolitik der Euroländer
für den Zeitraum von 1995 bis 2015

Jan Körnert / Jörn von Elsenau

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE
DISKUSSIONSPAPIERE

NR. 1
2016

Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät ist eine Lehr- und Forschungseinrichtung der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Weitere Informationen über die Fakultät finden Sie unter: <http://www.rsf.uni-greifswald.de>. Vgl. zur Liste sämtlicher Diskussionspapiere: <http://www.rsf.uni-greifswald.de/bwl/paper.html>.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Jan Körnert
Lehrstuhl für ABWL, Internat. Finanzmanagement / Kapitalmärkte
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
Universität Greifswald
Friedrich-Loeffler-Straße 70
D-17487 Greifswald
Tel.: 03834 / 86-2485 (Durchwahl)
Tel.: 03834 / 86-2490 (Sekretariat)
Fax: 03834 / 86-2489
E-Post: koernert@uni-greifswald.de

ISSN 1437-6989

Dieses Werk ist durch Urheberrecht geschützt. Die damit begründeten Rechte, insbesondere die der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, des Nachdrucks, der Übersetzung, des Vortrags, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur in Auszügen erfolgender Verwendung, vorbehalten. Eine vollständige oder teilweise Vervielfältigung dieses Werkes ist in jedem Fall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen der jeweils geltenden Fassung des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 zulässig. Grundsätzlich ist die Vervielfältigung vergütungspflichtig. Verstöße unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Vorwort

Die ausufernde Staatsverschuldung ist ein in Europa seit Jahrzehnten ungelöstes Problem. Zwar keimte mit der Einführung des Euro und dem damit verbundenen Streben nach Stabilisierung und Disziplinierung Hoffnung in den Euroländern auf, die aber schon vor Ausbruch der Finanzkrise ins Wanken geriet. Die Hoffnung auf Schuldenabbau zerschlug sich vollends, als unter Umgehung europäischer Verträge eine Schulden-Transferunion entstand und die Europäische Zentralbank der Prinzipienlosigkeit der Politik folgte.

Mittels dreier Beiträge wollen wir Partialanalysen zur Schuldenpolitik im Euroraum von 1995 bis 2015 liefern. Im ersten Teil dominiert dabei die Frage, ob die Euroländer die milliardenschwere Entlastung bei ihren Zinszahlungen wenigstens zum Teil zur Schuldentilgung einsetzen. Im zweiten Teil betrachten wir den ungebremsten Schuldenanstieg, die vielen Vertragsverletzungen sowie die Rolle der Europäischen Zentralbank und der Bankenregulierung. Der dritte Teil widmet sich der Verschuldungsdynamik und dabei dem Problem der Vervielfachung staatlicher Schulden innerhalb von nur zwei Jahrzehnten.

Die drei hier abgedruckten und mit kleinen Änderungen versehenen Texte¹ erschienen ursprünglich am 23. und 29. Januar sowie im April 2016 in der Online- bzw. Druckausgabe der Zeitschrift *Katapult – Magazin für Kartografie und Sozialwissenschaft*, wobei wir nur die ersten beiden Texte als Folge für die Online-Plattform planten.

Die beiden Online-Texte waren – wie wir später erfahren durften – die am meisten angeklickten Beiträge seit Bestehen des Magazins. Der erste Text wurde daher wenig später wiederabgedruckt und gemeinsam mit dem dritten Text in Heft 1 der Zeitschrift veröffentlicht.

Diese gute Resonanz ermunterte uns, unsere Texte um das vielfältige Datenmaterial zu ergänzen, das wir unseren Aussagen seinerzeit zugrunde legten. Aus nachvollziehbaren redaktionellen Gründen konnten nicht alle Anhänge von *Katapult* publiziert werden. Neben den eigenen Anhängen drucken wir hier auch die drei von *Katapult* entworfenen Grafiken zu unseren Texten mit ab. Folglich ist allen interessierten Lesern nun auch jenseits des populärwissenschaftlichen Kontextes die empirisch-fundierte Auseinandersetzung mit den von



Prof. Dr. Jan Körnert



Dipl.-Kfm. Jörn von Elsenau

uns aufgeworfenen Überlegungen möglich. In diesem Zusammenhang sei hier auch noch auf das Radiointerview mit dem Internetsender² *detektor.fm* verwiesen.

Greifswald, im April 2016

¹ Vgl. zu den Quellenangaben für die Texte 1 bis 3, die nachfolgend abgedruckt sind, Seite 32 hinten.

² Vgl. zur Quellenangabe für das Radiointerview Seite 32 hinten.

Inhaltsverzeichnis

1	Schuldenpolitik im Euroraum von 1995 bis 2005	1
2	Schuldenpolitik im Euroraum von 2005 bis 2015	6
3	Vervielfachung der Staatsschulden im Euroraum von 1995 bis 2015	10

Anhang zu Teil 1

1.1	Zinssätze zehnjähriger Staatsanleihen in den Eurogründungsländern (1995 – 2005)	13
1.2	Zinssätze (in Prozent) und Zinssatzdifferenzen (in Prozentpunkten) zehnjähriger Staatsanleihen in den Eurogründungsländern 1995 und 2005 sowie Schuldentilgungszeiträume (in Jahren)	14
1.3	Absolute Staatsverschuldung (in Mrd. Euro) in den Eurogründungsländern 1995 und 2005	14
1.4	Anstieg der Staatsverschuldung trotz Senkung der Zinslast in den Euroländern im Zeitraum von 1995 bis 2005 [Katapult]	15
1.5	Zeitraum bis zur vollständigen Schuldentilgung (in Jahren) für die Eurogründungsländer unter der Annahme einer Tilgungsverwendung der eingesparten Zinsen	16
1.6	Schwankungen der absoluten Staatsverschuldung (in Mrd. Euro) in den Eurogründungsländern (1995 – 2005)	17
1.7	Pro-Kopf-Staatsverschuldung (in Euro) in den Eurogründungsländern 1995 und 2005	18

Anhang zu Teil 2

2.1	Erfüllung und Verletzung der Konvergenzkriterien zur Euroeinführung mit aktuellen Zahlen	19
2.2	Zinssätze (in Prozent) und Zinssatzdifferenzen (in Prozentpunkten) zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum 2005 und 2015	20
2.3	Zinssätze zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum (2005 – 2015)	21
2.4	Absolute Staatsverschuldung (in Mrd. Euro) im Euroraum 2005 und 2015	22
2.5	Pro-Kopf-Staatsverschuldung (in Euro) im Euroraum 2005 und 2015	23
2.6	Entwicklung der Verschuldung 2005 – 2015 [Katapult]	24
2.7	Absolute Staatsverschuldung (in Mrd. Euro) im Euroraum (1995 – 2015)	25
2.8	Pro-Kopf-Staatsverschuldung in Luxemburg und politische Karriere von Jean-Claude Juncker (1995 – 2014)	27
2.9	Anzahl der Verstöße gegen die Stabilitätskriterien der Eurozone (2000 – 2010)	28

Anhang zu Teil 3

3.1	Vervielfachung der absoluten Staatsverschuldung bis 2015 im Vergleich zum Schuldenstand 1995 in den heutigen Euroländern	29
3.2	Pro-Kopf-Staatsverschuldung (in Euro) und ihre Vervielfachung in den heutigen Euroländern für 1995, 2005 und 2015	29
3.3	Vervielfachung der Staatsschulden 1995 bis 2015 [Katapult]	30

1 Schuldenpolitik im Euroraum von 1995 bis 2005

Als in der Neujahrsnacht 2002 der Euro als Bargeld für jeden sichtbar eingeführt wurde, bestand er als Buchgeld und gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit drei Jahren. Denn zum 1. Januar 1999 hatten elf Länder die Wechselkurse ihrer nationalen Währungen zum Euro unverrückbar festgelegt. Die Länder der ersten Stunde waren: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien.

Alle Gründungsländer hatten sich im Vorfeld der Euroeinführung einer wirtschaftlichen „Rosskur“ unterzogen, um diejenigen Kriterien zu erfüllen, die als Voraussetzung für die Teilnahme an der Gemeinschaftswährung im Jahr 1993 festgelegt wurden. Die im Maastricht-Vertrag vereinbarten sogenannten Konvergenzkriterien zielen auf eine Stabilisierung und Disziplinierung hinsichtlich folgender vier Größen: Preise (Inflation), öffentliche Finanzen (Gesamt- und jährliche Neuverschuldung), Wechselkurse und langfristige Zinssätze.

Dieses wirtschaftspolitische Stabilisierungs- und Disziplinierungsstreben in Verbindung mit günstigen Marktgegebenheiten führte in allen elf Ländern zwischen 1995 und 2005 insgesamt zu einer deutlichen Senkung derjenigen Zinssätze, zu denen sich die Länder gewöhnlich Geld leihen (Anhang 1.1). Folglich trat eine massive Reduzierung der staatlichen Zinslast ein. Um den Entlastungseffekt sichtbar und vergleichbar zu machen, wählt man häufig

den Zinssatz für zehnjährige Staatsanleihen. Er repräsentiert den Zinssatz, der von einem Staat zu zahlen ist, wenn er sich mit zehnjähriger Zinsbindung verschuldet. Der Zeitraum 1995 bis 2005 bietet sich zur Betrachtung insofern an, als seit 1995 Daten für alle elf Länder verfügbar sind, die Euroeinführung ungefähr in der Mitte des Zeitraums liegt und die Daten noch nicht durch die 2007 einsetzende Krise verzerrt sind.

Zinslastsenkung

Die Senkung der Zinslast fiel in den elf Gründungsländern unterschiedlich stark aus (Anhang 1.2 und 1.4). Den größten Entlastungseffekt verbuchte Italien, denn dort fielen die Zinssätze um 8,6 Prozentpunkte, nämlich von 12,2 Prozent im Jahr 1995 auf 3,6 Prozent im Jahr 2005. Die geringste Entlastung verzeichnete Deutschland, wo die Zinssätze um 3,5 Prozentpunkte von 6,9 auf 3,4 Prozent sanken. Im Durchschnitt trat bei den elf Ländern eine Entlastung um 5,4 Prozentpunkte ein.

Fraglich ist nun, wofür die elf Gründungsländer die Gelder aus der Zinsentlastung alternativ einsetzten. Dabei lässt sich das grundsätzliche Vorgehen anhand eines stark vereinfachenden Beispiels gut aufzeigen: Man stelle sich hierzu vor, dass am Ende eines jeden Jahres von den Einnahmen nach Abzug aller Ausgaben 10.000 Euro zur freien Verfügung verbleiben. Plant man nun eine größere Anschaffung und fragt sich, wieviel Kredit man maximal auf-

nehmen und bedienen könnte, dann wäre bei einem Zinssatz von 10 Prozent insgesamt eine Verschuldung von 100.000 Euro möglich. Der Einnahmeüberschuss von 10.000 Euro reicht hier aus, um die Zinsen für den Kredit über 100.000 Euro zu zahlen. Nimmt man nun an, dass der Zinssatz nach Ablauf der Zinsbindung von 10 auf 5 Prozent fällt, dann wären für diesen Kredit plötzlich nicht mehr Zinsen in Höhe von 10.000 Euro, sondern nur noch in Höhe von 5.000 Euro jährlich zu zahlen. Die neue Zinslast betrüge demnach nur noch die Hälfte der alten Zinslast.

Mit der geringeren Zinslast könnte man dann auf zwei verschiedenen Wegen verfahren: Einerseits stünden die nicht mehr zur Zinszahlung benötigten 5.000 Euro für diverse andere Zwecke – zum Beispiel für zusätzliche Konsum- oder Investitionsausgaben – zur Verfügung. Andererseits könnten die freien 5.000 Euro zur Tilgung des Kredits verwendet werden. Entscheidet man sich für einen Tilgungseinsatz, dann könnten damit die Schulden Schritt für Schritt abgebaut werden. Spätestens nach 20 Jahren hätte man den ursprünglichen Kredit über 100.000 Euro vollständig zurückgezahlt und zwar ohne dabei andere Ausgaben kürzen zu müssen.

Natürlich vereinfacht unser Beispiel sehr stark, denn wir vernachlässigen beispielsweise Zinseszinsseffekte und die unterschiedliche Fristigkeit von Staatsschulden mit ihren verschiedenen Zinssätzen. Zudem setzen wir Nominalzinssätze an und gehen davon aus, dass alle Schulden mit einem Mal fällig

sind und dann zum niedrigsten Zinssatz refinanziert werden können. Darüber hinaus nehmen wir hier eine Partialanalyse vor. Wir untersuchen also nur einen Teil des Gesamtproblems und lassen weiterführende Aspekte unberücksichtigt. Das betrifft beispielsweise den Zweck der Schuldenaufnahme und ob damit später Wachstum erzielt werden konnte.

Tilgungspotential

Trotz aller Vereinfachungen regen die hier skizzierten Überlegungen zur Beantwortung der Frage an, ob die elf Länder denn die enorme Entlastung bei ihren Zinszahlungen wenigstens zum Teil dazu genutzt haben, ihre Staatsverschuldung zurückzuführen. Dies betrifft insbesondere die drei Länder Italien, Portugal und Spanien, da sie durch die Senkung ihrer Zinslast um 8,6 bzw. 8,1 und 7,9 Prozentpunkte überdurchschnittlich an der Senkung der Zinslast im Umfeld der Euroeinführung partizipierten (Anhang 1.2 und 1.4). Aufgrund der hohen Zinseinsparungen hätten sie schon nach spätestens zwölf (Italien) beziehungsweise 13 Jahren (Portugal, Spanien) ihre Schulden getilgt (Anhang 1.5).

Den Zeitraum bis zu vollständigen Schuldentilgung erhält man hier näherungsweise, indem man analog zum obigen Beispiel die Verschuldung durch die Senkung der Zinslast teilt (bspw. für Italien: $100 : 8,6 \approx 12$). Oder anders ausgedrückt: Wenn man, wie im Falle Italiens, für je 100 Euro pro Jahr statt 12,20 nur noch 3,60 Euro Zinsen zahlen muss, also pro Jahr 8,60 Euro an Zinszahlungen einspart, und diese einge-

sparten 8,60 Euro zur Schuldentilgung verwendet, dann dauert es zwölf Jahre, bis man jeweils 100 Euro getilgt hat.

Überträgt man den Tilgungsgedanken des obigen Beispiels auf die Euro-Gründungsländer, dann wären alle elf Länder nach einer bestimmten Zeit schuldenfrei gewesen. Der Zeitraum, innerhalb dessen die Länder ihre Schuldenfreiheit erreicht hätten, hängt maßgeblich von der Höhe der Zinsentlastung ab. Das Prinzip lautet dabei: je größer die Senkung der Zinslast, desto weniger Jahre vergehen bis zur Schuldenfreiheit. Da in Deutschland die Zinslastsenkung mit 3,5 Prozentpunkten am geringsten ausfiel, hätte es hier bis zur Schuldenfreiheit auch am längsten gedauert – nämlich 29 Jahre. Im Durchschnitt wäre bei allen Gründungsländern eine vollständige Entschuldung spätestens nach 19 Jahren erreicht worden (Anhang 1.5).

Staatsschuldenanstieg

Ein Blick auf die Entwicklung des Schuldenstandes bei den Gründungsländern zeigt indes, dass keines der elf Länder bei einem Vergleich der Staatsverschuldung 1995 und 2005 eine Senkung vorweisen kann. Vielmehr ist die Verschuldung in allen elf Staaten angewachsen. So stieg zum Beispiel die Verschuldung Italiens von 1995 bis 2005 um insgesamt rund 370 und in Deutschland um 500 Milliarden Euro (Anhang 1.3 und 1.4). Im genannten Zeitraum war ein euroweiter Anstieg der Staatsverschuldung um durchschnittlich rund 150 Milliarden Euro zu verzeichnen.

Die elf Länder teilen sich zudem in zwei Gruppen, wenn man untersucht, ob denn ein Land zumindest in einem Jahr des Betrachtungszeitraums in der Lage war, eine Senkung seiner Staatsverschuldung herbeizuführen. Während eine knappe Mehrheit der Länder sich dazu in der Lage zeigte, verzeichneten im Gegensatz Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Portugal in jedem Jahr einen Anstieg ihrer Verschuldung (Anhang 1.6).

Aber auch ein Blick auf die Staatsverschuldung je Einwohner ist aufschlussreich, denn sie relativiert die absoluten Werte (Anhang 1.7). Vor diesem Hintergrund ragen zum einen die hohen Pro-Kopf-Verschuldungen in Belgien, Italien und Österreich von jeweils über 20.000 Euro im Jahr 2005 heraus. Zum anderen liegt die Zunahme der Pro-Kopf-Verschuldung in Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich und Portugal zwischen 1995 und 2005 weit über dem Durchschnitt. Besonders bedenklich ist dabei der prozentuale Anstieg in Portugal (97 Prozent) und Frankreich (64 Prozent), weil man hier – wie in allen anderen Ländern auch – parallel zum Schuldenanstieg von einer großen Zinslastsenkung profitierte.

Natürlich endet die Schuldenpolitik der Euroländer nicht im Jahr 2005. Vielmehr entwickelte sie in der Folgezeit durch die einsetzende Krise eine völlig neue Dynamik. Den explosionsartigen Anstieg der Staatsverschuldung, den Beitritt Griechenlands und allfällige Handlungsempfehlungen zur Schuldenpolitik bespricht der zweite Teil.

2 Schuldenpolitik im Euroraum von 2005 bis 2015

Nach Einführung des Euros im Jahr 1999 gesellten sich zu den elf Gründungsländern im Laufe der Zeit noch acht weitere Länder: Griechenland (2001), Slowenien (2007), Malta und Zypern (beide 2008), Slowakei (2009), Estland (2011), Lettland (2014) sowie Litauen (2015). Der Eurobeitritt zahlreicher Länder – darunter auch Gründungsländer – erfolgte rückblickend unter teilweise dubiosen Umständen (Anhang 2.1). Besonders unangenehm sticht dabei Griechenland heraus: So erschwindelte es sich nicht nur den Beitritt mit gefälschten Zahlen, sondern führte diesen Betrug anschließend weiter fort. Als das 2004 aufflog, reagierte man zwar allseits empört, gravierende Folgen resultierten aus dem Fehlverhalten allerdings nicht. Dass die US-amerikanische Investmentbank Goldman Sachs den Griechen bei ihren Fälschungen die Hand führte und der heutige Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi früher Europa-Chef bei Goldman Sachs war, gehört inzwischen zu den fast vergessenen Petitesse. Gleichwohl erwiesen sich all diese unheilbringenden Trickereien als schlechtes Omen für die weitere Schuldenpolitik im Euroraum.

Weitere Zinsentlastung

Zunächst sei jedoch ein Blick auf die Entwicklungen bei den Zinssätzen zehnjähriger Staatsanleihen und der Staatsverschuldung geworfen. Wir konzentrieren uns hier auf den Zeitraum von 2005 bis 2015 und knüpfen damit

an die Ausführungen des ersten Teils an. Außer für griechische und französische Staatsanleihen lagen die Zinssätze im Jahr 2015 unterhalb der Zinssätze für 2005 (Anhang 2.2), so dass sich für fast alle Länder eine weitere Zinslastsenkung ergab. Allerdings muss man beachten, dass einige Länder zwischenzeitlich mit beachtlichen Zinsanstiegen konfrontiert wurden. Das war besonders in Griechenland, Litauen, Lettland, Portugal und Irland der Fall (Anhang 2.3).

Weiterer Schuldenanstieg

Die aus den Zinssenkungen resultierenden Entlastungen der Staatshaushalte reichten indes in keinem Land aus, um die Staatsschulden zu senken (Anhang 2.4 und 2.6). Vielmehr fallen die absolute Erhöhung der Staatsschulden in Frankreich und die prozentuale Erhöhung in Luxemburg auf. Während Frankreich im Betrachtungszeitraum seine Verschuldung um rund 900 Milliarden Euro erhöhte, stieg sie dagegen im bevölkerungsreicheren Deutschland „nur“ um 600 Milliarden Euro. Der kleine Staat Luxemburg, der natürlich auf viel niedrigerem Niveau agiert, erhöhte seine Schulden um fast das Sechsfache innerhalb von nur zehn Jahren. Betrachtet man dagegen die relativierende Pro-Kopf-Staatsverschuldung (Anhang 2.5 und 2.6), dann stehen Irland, Belgien, Italien, Österreich und Frankreich mit jeweils über 30.000 Euro Schulden je Einwohner an der Spitze. Besonders Irland sticht heraus, denn

dort betrug die Pro-Kopf-Verschuldung knapp 44.000 Euro bei einem Anstieg um reichlich 33.000 Euro allein in den letzten zehn Jahren.

Finanzkrise

Der explosionsartige Anstieg der Staatsverschuldung fiel in den Euroländern unterschiedlich stark aus und hängt zum Teil mit der ab 2007 einsetzenden Finanzkrise zusammen. Besonders heftig traf es diejenigen Länder, die sich einen überproportional aufgeblähten Finanzsektor leisteten und bei Krisenbeginn ihre Banken mit öffentlichen Geldern stützen mussten. Inzwischen hat die Verschuldung europäischer Staaten eine Höhe erreicht, die bei einem auch nur marginalen Anstieg der historisch niedrigen Zinssätze zu schweren Schäden in den jeweiligen Staatshaushalten führt. Denn jede zusätzliche Ausgabe für Zinsen muss durch Einsparungen in anderen Bereichen finanziert werden, wenn man eine weitere Neuverschuldung ausschließen will.

Schuldendynamik

Lehrreiche Einblicke in die Dynamik des Schuldenanstiegs liefert eine Betrachtung der Entwicklung der Staatsverschuldung im Zeitraum 1995 bis 2015 (Anhang 2.7 sowie 3.1 bis 3.3). Fragt man sich dabei, ob ein Land seit 1995 seine Staatsschulden verdoppelt, vervierfacht oder verachtfacht hat, dann stehen Slowenien, Lettland und Litauen an der Spitze, denn dort liegt der aktuelle Schuldenstand mindestens beim sechzehnfachen der Schulden von 1995. Zugleich werden die Zeiträume deutlich, in denen diese Vervielfachung

stattfindet. Unter den Eurogründungsländern ragt in diesem Zusammenhang Luxemburg heraus, da sich dort die Schulden bis 2007 zunächst verdoppelten, innerhalb des darauffolgenden Jahres vervierfachten und dann bis 2012 schon verachtfachten. Im dritten Teil gehen wir weiter hinten auf die hier nur grob skizzierte Vervielfachung der Staatsschulden der Euroländer noch einmal gesondert und zugleich ausführlicher ein.

Luxemburg ist auch aus einem anderen Blickwinkel heraus ein aufschlussreiches Beispiel, denn dort trug über Jahrzehnte nur ein Politiker die Verantwortung für die Staatsverschuldung: Jean-Claude Juncker. Er war von 1989 bis 2009 Finanzminister und in Personalunion von 1995 bis 2013 auch Premierminister seines Landes. Zeitgleich mit der Wahl zum Vorsitzenden der Euro-Gruppe (2005-2013) entfesselte er die Staatsverschuldung Luxemburgs (Anhang 2.8). Gegen den Widerstand Großbritanniens und Ungarns wurde er 2014 zum Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt. Mithin ist er seit Jahren an maßgeblicher Stelle auch in die Verhandlungen zu den Staatsschulden Griechenlands eingebunden. Dass ihm zur Lösung der unsoliden und unseriösen Haushaltspolitik Griechenlands sowie zur Subventionierung des griechischen Lebensstandards nur das Heranziehen der Steuerzahler anderer Länder sowie eine euroweite Erhöhung der Staatsverschuldung einfällt, kann vor dem Hintergrund seines Werdegangs nicht überraschen und vereint ihn

mit den alternativlosen Ansichten der deutschen Bundeskanzlerin.

Vertragsverletzungen

Bei den Vertragsverletzungen im Euroraum dominierten bis 2010 Verstöße gegen die Stabilitätskriterien. Zwischen 2000 und 2010 verstießen 14 Staaten in 74 Fällen gegen den Maastricht-Vertrag (Anhang 2.9). Eine völlig neue Dimension bei den Vertragsverletzungen trat 2009/10 auf, als handstreichartig die sogenannte Nichtbeistands-Klausel nach dem Maastricht- und Lissabon-Vertrag faktisch außer Kraft gesetzt wurde. Mit dieser Klausel wollte man unterbinden, dass ein Staat Schulden macht, die dann von anderen Staaten zu begleichen sind. Eine Schulden-Transferunion sollte es ursprünglich also nicht geben. Jedoch öffneten findige Politiker gemeinsam mit feinsinnigen Juristen ein Schlupfloch, durch das einzelne Staaten nun nahezu ungehindert auf Kosten anderer über ihre Verhältnisse leben können.

Europäische Zentralbank

Seit 2010 lässt sich die EZB durch ihr massenhaftes Ankaufprogramm von Staatsanleihen maroder Euro-Länder immer mehr in die Prinzipienlosigkeit der Politik hineinziehen. Das ist ein ökonomischer Sündenfall, den renommierte Experten vielfach beklagen. Er führte nicht nur zum Rücktritt Axel Webers als Bundesbankpräsident im Jahr 2011, sondern auch seitens seines Nachfolgers Jens Weidmann zu wiederholter und prinzipieller Kritik. Auch der deutsche Chefvolkswirt der EZB Jürgen Stark zog sich 2012 aus dem Direktorium der EZB zurück und ver-

band dies mit heftiger Kritik am Verhalten der EZB in der Staatsschuldenkrise. Die von französischen und deutschen Politikern betriebene Aufweichung des Stabilitätspaktes mündet nämlich unausweichlich in eine Vergemeinschaftung von Schulden und Verantwortung – ein Phänomen, an dem der real existierende Sozialismus schon scheiterte. Der Bundesrepublik wird die schlechte ökonomische Ausbildung ihrer Kanzlerin vor allem dann zum Nachteil gereichen, wenn in Wirtschaftsfragen an zentraler Stelle weiterhin prinzipienfremde Entscheidungen gegen den Rat seriöser Experten getroffen oder unterstützt werden.

Geschäftsbanken

Mit der prinzipienfremden Einbeziehung der Zentralbank zur Finanzierung der Staatsverschuldung musste seinerzeit auch deshalb begonnen werden, weil die regulatorischen Eingriffe des Staates zur Manipulation des Verhaltens der Geschäftsbanken nicht mehr ausreichten, um genügend Käufer für Anleihen kränkelder EU-Länder zu finden. Im Gegensatz zu den Lippenbekenntnissen setzt die Politik seit Jahrzehnten den Banken einen regulatorischen Handlungsrahmen, der zum Erwerb von Staatsanleihen ermuntert, exzessive Staatsverschuldung begünstigt und dazu beiträgt, Banken in existenzielle Probleme zu manövrieren: Kauft eine Bank nämlich Anleihen eines soliden Unternehmens, dann muss sie diesen Kauf mit einem Risikopuffer aus Eigenkapital vergleichsweise teuer absichern. Kauft eine Bank dagegen An-

leihen eines maroden EU-Staates, dann muss sie laut der vom Staat aufgestellten Regularien nach wie vor keinerlei Eigenkapital als Risikopuffer vorhalten.

Mithin lenkt der Staat die Geldströme der Banken statt in die Privatwirtschaft in die eigene Richtung, um seine Verschuldung zu finanzieren. Die Gelder der Banken, die auf den Einlagen ihrer Sparer fußen, fließen dabei vor allem in Anleihen maroder Staaten. Das liegt einerseits an den dort herrschenden höheren Zinssätzen (Anhänge 2.2 und 2.3) und andererseits an der staatlich geschürten Illusion, dass marode Länder ewig zu Lasten Dritter wirtschaften und leben können. Der Staat, der als Regulierer eigentlich nur faire Wettbewerbsbedingungen setzen und diese überwachen soll, entpuppt sich hier unvorhergesehen als Mitspieler. Dies ist ungefähr so, als würde ein Schiedsrichter im Fußball urplötzlich zum Kopfball hochsteigen, um in der entscheidenden Situation das Tor zu erzielen.

Auswirkungen

Zweifelsohne sind unter all diesen Umständen weder eine erfolgreiche Währungs- noch eine faire Schuldenpolitik möglich, zumal spürbare Strafen für regelverletzende Akteure nicht existieren. Insbesondere das Handeln verantwortlicher Politiker erfreut sich hier eines materiell wie strafrechtlich überzogenen Schutzes. Bei der Schuldenpolitik schwingt aber auch immer eine moralische Frage mit: Hätte man die knappen finanziellen Ressourcen nicht alternativ besser verwenden können – zum Beispiel für Flüchtlingshilfe?

Wohin die Reise von Staaten führt, die von ihren Politikern in die Überschuldung getrieben werden, zeigt indes schon ein flüchtiger Blick in die Vergangenheit: Inflation, rabiate Verteilungskämpfe, bürgerkriegsähnliche Zustände, Diktatur. Dass dieser Preis für eine Einheitswährung oder ein geeintes Europa als zu hoch empfunden wird, signalisieren derzeit vielfältige Absetzbewegungen im Euroraum und in der EU. Damit ist aber keineswegs die pan-europäische Idee gescheitert, sondern nur ihre real existierende Umsetzung.

3 Vervielfachung der Staatsschulden im Euroraum von 1995 bis 2015

Das über zwei Jahrzehnte sinkende Zinsniveau führte eine massive Entlastung der Staatshaushalte im Schlepptau. Die anhaltende Senkung bei den Zinsausgaben konnte jedoch den galoppierenden Anstieg der übrigen Staatsausgaben nicht aufwiegen.

Unabhängig davon hatten die heutigen Euroländer in den Jahrzehnten zuvor schon viele Schulden angehäuft. Dies geschah jedoch in ganz unterschiedlichem Ausmaß und unter teilweise sehr ungewöhnlichen und unvorhergesehenen Umständen. Deutschlands Staatsverschuldung wurde zum Beispiel wesentlich durch die Wiedervereinigung beeinflusst. In Finnland hatte dagegen die Wirtschafts- und Bankenkrise zu Beginn der 1990er Jahre großen Einfluss, während andere Staaten zur gleichen Zeit ihre Unabhängigkeit (wieder)erlangten und mit dem Aufbau einer eigenen Staatsverschuldung erst beginnen konnten. Das Volumen der Staatverschuldung lag Mitte der 1990er Jahre demzufolge auf ganz unterschiedlichem Niveau.

Nimmt man den Beginn größerer Zinsentlastungen seit 1995 als Ausgangspunkt für die Beantwortung der Frage, welche Vervielfachungen bei den Staatsschulden seither zu beobachten sind, dann erhält man ein sehr heterogenes Bild. Im Kern läuft es darauf hinaus, dass einige Länder in den vergangenen zwanzig Jahren ihre Schulden verdoppelten, vervierfachten, verachtfachen oder sogar versechzehnfachten, während

eine kleine Minderheit eine Verdoppelung ihrer Schulden vermeiden konnte (Anhang 3.1 und 3.3).

Ausgangsniveau

Die scheinbar positiv herausragenden Länder Belgien, Italien und die Niederlande, die eine Verdoppelung ihrer Staatsschulden in den letzten zwanzig Jahren ausschlossen, zeichnen sich jedoch dadurch aus, dass sie bereits im Jahr 1995 mit einer vergleichsweise hohen Staatsverschuldung konfrontiert waren. So betragen die Staatsschulden Belgiens und der Niederlande im Jahr 1995 mehr als bzw. knapp das Doppelte der Verschuldung Österreichs (Anhang 2.7). Italien hatte im gleichen Jahr bereits mehr Schulden angehäuft als Deutschland, das seinerseits durch den Sondereffekt der Wiedervereinigung in den Jahren zuvor etliche Schulden aufgenommen hatte. Zum Vergleich: Im Jahr 1985 betrug die Staatsverschuldung Deutschlands 386 Milliarden Euro.

Ein Blick auf die Pro-Kopf-Staatsverschuldung im Jahr 1995 bestätigt den Gesamteindruck, denn hier liegen Belgien, Italien und die Niederlande auf den ersten drei Plätzen und weisen – zum Teil mit großem Abstand – die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf (Anhang 3.2). Aufgrund des bereits sehr hohen Ausgangsniveaus bei der Staatsverschuldung stellte eine Vervielfachung der Schulden in den darauffolgenden Jahren keinen erfolgversprechenden Weg für diese drei Länder dar, weil man anderenfalls die Konvergenz-

kriterien des Maastricht-Vertrages noch stärker verletzt hätte (Anhang 2.1).

Sechs Länder veracht- oder versechzehnfachten ihre Staatsverschuldung von 1995 bis 2015 (Anhang 3.1 und 3.3). Darunter befindet sich nur ein Eurogründungsland, nämlich Luxemburg. Alle anderen Länder (Slowenien, Slowakei, Estland, Lettland und Litauen) führten den Euro erst später ein. Sie waren vorher von ihrer (wieder)erlangten staatlichen Unabhängigkeit sowie als sogenannte Transformationsländer vom Übergang von einer Zentralverwaltungswirtschaft hin zur Marktwirtschaft geprägt. Im Jahr 1995 war die Staatsverschuldung aller sechs Länder gering. Vor allem das Baltikum wies kaum eine Staatsverschuldung auf (Anhang 2.7).

Transformationsländer

Wegen der unterschiedlichen Ländergröße muss man auch hier sinnvollerweise die Pro-Kopf-Staatsverschuldung mit einbeziehen. Zunächst fällt auf, dass im Jahr 1995 die fünf Transformationsländer über eine erheblich geringere Pro-Kopf-Verschuldung verfügten als der Rest der heutigen Euroländer mit etablierter Marktwirtschaft (Anhang 3.2). Sie betrug in den Transformationsländern damals weniger als 1.000 Euro. Damit erreichte sie nur ein Drittel der Pro-Kopf-Verschuldung des Landes, das unter den etablierten Marktwirtschaften im heutigen Euroraum die kleinste Pro-Kopf-Verschuldung auswies, nämlich Malta.

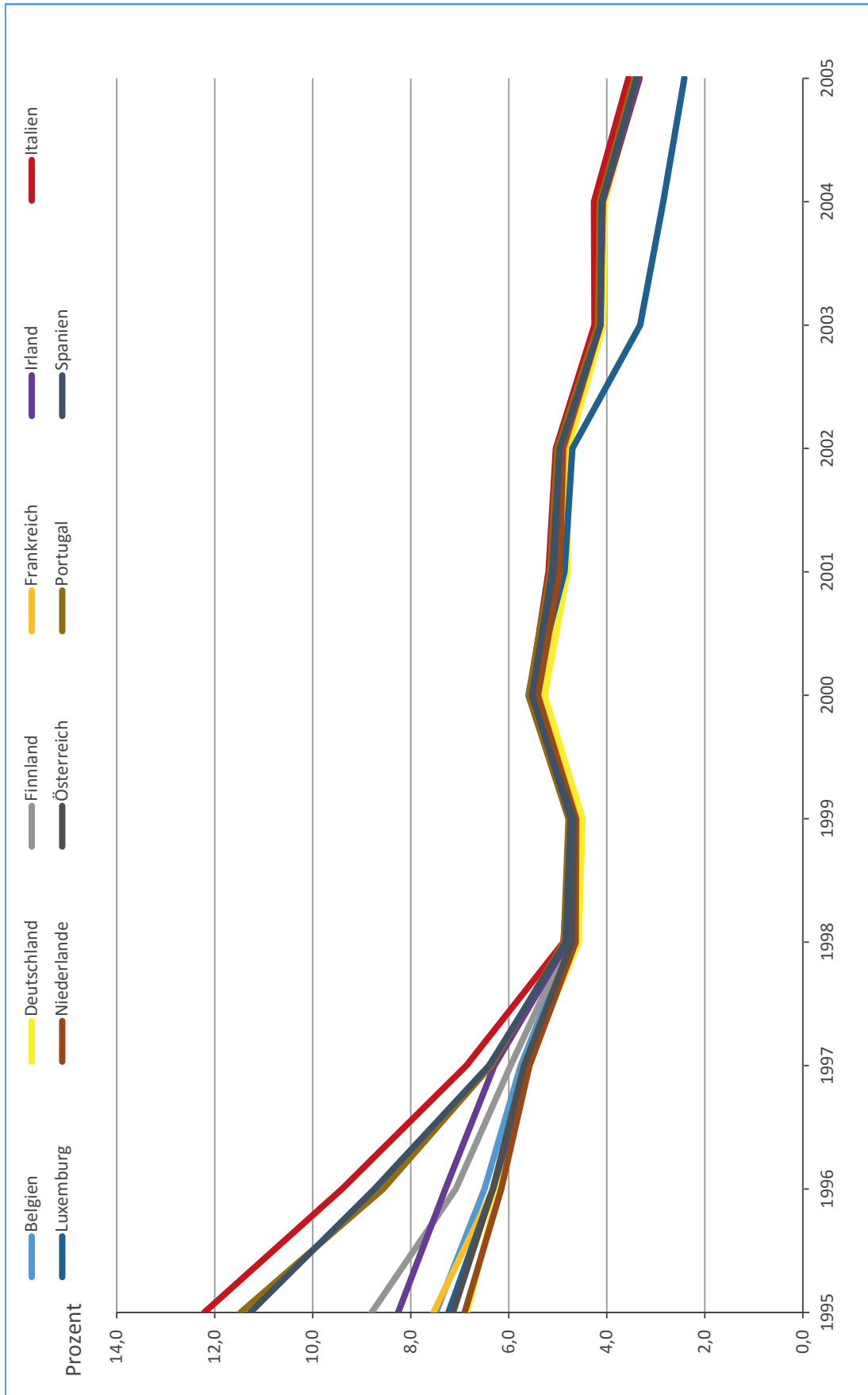
Abgesehen vom allgemeinen Schuldenanstieg änderte sich bis 2015 an dieser

Konstellation grundsätzlich nur wenig. Allerdings kann man beobachten, dass die Transformationsländer offenbar bestrebt sind, bei der Höhe ihrer Pro-Kopf-Staatsverschuldung zu den restlichen Euroländern aufzuschließen, denn die Vervielfachungen der Pro-Kopf-Verschuldung weisen in diesen Ländern die höchsten Werte auf (Anhang 3.2). Insofern könnte man in Europa auch von einer Art „Wertegemeinschaft im schuldenbasierten Wohlstand“ sprechen. Dem steht übrigens auch nicht die oben skizzierte Überlegung entgegen, dass die Transformationsländer nach Erlangung ihrer staatlichen Unabhängigkeit von einem viel niedrigeren Schuldenniveau starteten und einen großen Investitionsbedarf aufwiesen, der zunächst notgedrungen über eine Schuldenaufnahme zu finanzieren war.

Man kann jedoch bereits jetzt erkennen, dass der europäische Versuch, sämtliche Probleme und Differenzen mit Geld zuschütten zu wollen, an seine Grenzen stößt. Auch wenn Keynes empfiehlt, in Krisenzeiten die Wirtschaft mit Schulden anzukurbeln, so mahnt er gleichzeitig zum Sparen und Schuldenabbau in guten Zeiten. Bezieht man diesen Verhaltensgrundsatz auf Europa, dann signalisiert der ununterbrochene Schuldenanstieg eine über mehr als 40 Jahre andauernde Krise. Mit Blick auf die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung ist das natürlich unzutreffend. Vielmehr scheinen die Politiker jedweder Couleur dem süßen Gift des dauerhaften Schuldenschuldens vollkommen verfallen zu sein.

Anhang

Anhang 1.1: Zinssätze zehnjähriger Staatsanleihen in den Eurogründungsländern (1995 – 2005)



Quelle: Europäische Zentralbank.

Anhang 1.2: Zinssätze (in Prozent) und Zinssatzdifferenzen (in Prozentpunkten) zehnjähriger Staatsanleihen in den Eurogründungsländern 1995 und 2005 sowie Schuldentilgungszeiträume (in Jahren)

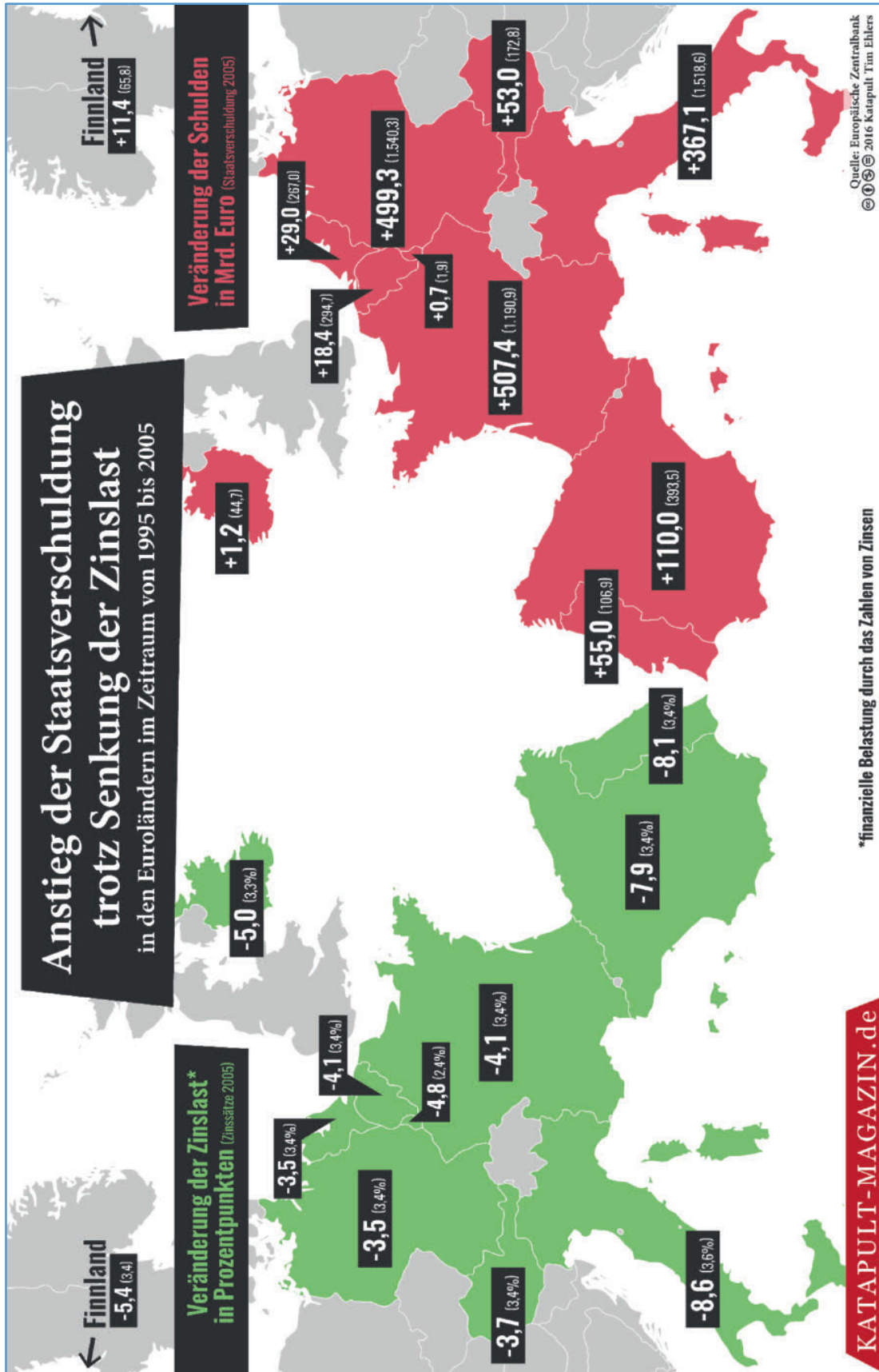
Staat	1995	2005	Δ	Tilgungszeit
Italien	12,2	3,6	-8,6	11,6
Portugal	11,5	3,4	-8,1	12,3
Spanien	11,3	3,4	-7,9	12,7
Finnland	8,8	3,4	-5,4	18,5
Irland	8,3	3,3	-5,0	20,0
Luxemburg	7,2	2,4	-4,8	20,8
Frankreich	7,5	3,4	-4,1	24,4
Belgien	7,5	3,4	-4,1	24,4
Österreich	7,1	3,4	-3,7	27,0
Niederlande	6,9	3,4	-3,5	28,6
Deutschland	6,9	3,4	-3,5	28,6
\emptyset	8,7	3,3	-5,4	18,5

Anhang 1.3: Absolute Staatsverschuldung (in Mrd. Euro) in den Eurogründungsländern 1995 und 2005

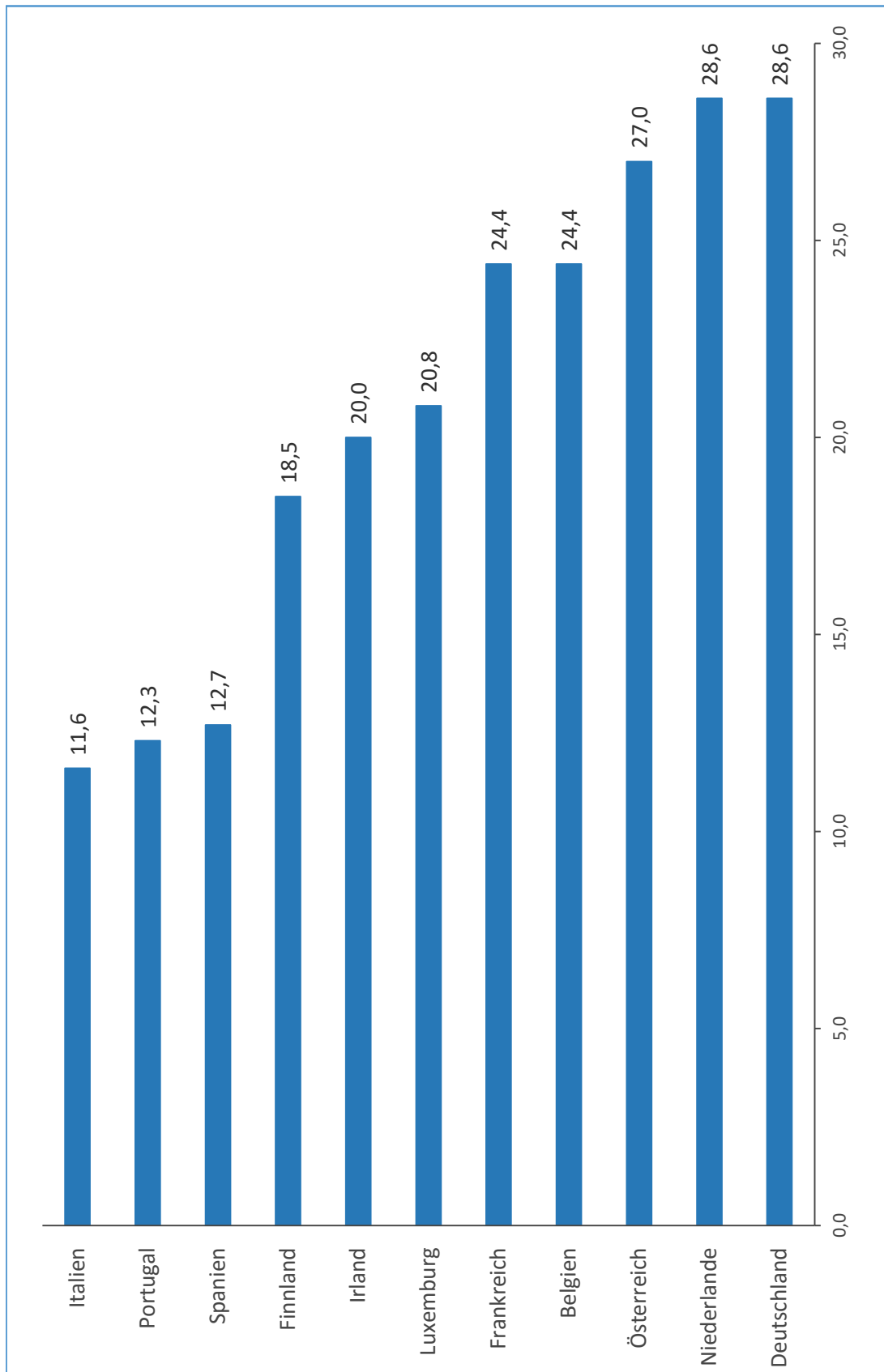
Staat	1995	2005	Δ
Luxemburg	1,2	1,9	0,7
Irland	43,5	44,7	1,2
Finnland	54,4	65,8	11,4
Belgien	276,3	294,7	18,4
Niederlande	238,0	267,0	29,0
Österreich	119,8	172,8	53,0
Portugal	51,9	106,9	55,0
Spanien	283,5	393,5	110,0
Italien	1.151,5	1.518,6	367,1
Deutschland	1.041,0	1.540,3	499,3
Frankreich	683,5	1.190,9	507,4
\emptyset	358,6	508,8	150,2

Quelle: Europäische Zentralbank.

Anhang 1.4: Anstieg der Staatsverschuldung trotz Senkung der Zinslast in den Euroländern im Zeitraum von 1995 bis 2005 (vgl. Anhänge 1.2 und 1.3)



Anhang 1.5: Zeitraum bis zur vollständigen Schuldentilgung (in Jahren) für die Eurogründungsländer unter der Annahme einer Tilgungsverwendung der eingesparten Zinsen (vgl. Anhang 1.2)



Quelle: Eigene Darstellung.

Anhang 1.6: Schwankungen der absoluten Staatsverschuldung (in Mrd. Euro) in den Eurogründungsländern (1995 – 2005)

	Frankreich	Deutschland	Italien	Luxemburg	Portugal
1995	683,5	1.041,0	1.151,5	1,2	51,9
1996	751,3	1.109,5	1.213,5	1,3	56,1
1997	794,0	1.156,1	1.239,9	1,3	56,5
1998	829,3	1.199,0	1.258,2	1,3	57,7
1999	847,9	1.239,6	1.285,1	1,3	61,1
2000	871,4	1.245,8	1.302,6	1,4	64,6
2001	898,3	1.256,9	1.360,3	1,5	72,6
2002	957,7	1.309,1	1.371,7	1,6	80,1
2003	1.051,4	1.397,9	1.397,5	1,7	85,7
2004	1.124,6	1.469,1	1.449,7	1,8	94,5
2005	1.190,9	1.540,3	1.518,6	1,9	106,9

	Niederlande	Österreich	Finnland	Irland	Belgien	Spanien
1995	238,0	119,8	54,4	43,5	276,3	283,5
1996	242,9	123,8	56,5	43,1	276,3	320,0
1997	239,3	119,0	57,9	43,6	278,4	333,6
1998	243,1	124,6	56,4	42,6	277,2	346,4
1999	241,3	135,1	55,9	43,5	279,4	362,2
2000	230,1	140,4	57,9	39,5	280,9	374,6
2001	232,1	146,3	59,2	41,4	285,9	378,9
2002	238,2	150,0	59,7	41,9	288,0	384,1
2003	249,8	151,3	64,9	43,3	285,7	382,8
2004	259,9	156,5	67,7	43,9	288,3	389,9
2005	267,0	172,8	65,8	44,7	294,7	393,5

Quelle: Europäische Zentralbank.

Anhang 1.7: Pro-Kopf-Staatsverschuldung (in Euro) in den Eurogründungsländern
1995 und 2005

Staat	1995	2005	Δ	Δ (in %)
Irland	12.058	10.735	-1.323	-11,0
Belgien	27.252	28.122	870	3,2
Niederlande	15.394	16.363	969	6,3
Luxemburg	2.998	4.052	1.054	35,2
Spanien	7.197	9.014	1.817	25,2
Finnland	10.641	12.534	1.893	17,8
Portugal	5.178	10.180	5.002	96,6
Österreich	15.077	21.007	5.930	39,3
Deutschland	12.745	18.677	5.932	46,5
Italien	20.258	26.197	5.939	29,3
Frankreich	11.479	18.849	7.370	64,2
\emptyset	12.752	15.975	3.223	25,3

Quelle: Europäische Zentralbank; Weltbank.

Anhang 2.1: Erfüllung und Verletzung der Konvergenzkriterien zur Euroeinführung mit revidierten Zahlen

Staat	EU-Beitritt	Euro-Einführung	Konvergenzkriterien bei Euroeinführung				
			Preisstab.*	StaatsVS*	NeuVS*	Zinsstab.*	WK-Stab.*
Finnland	1. Jan. 1995	1. Jan. 1999	✓	✓	✓	✓	✓
Luxemburg	1. Jan. 1958	1. Jan. 1999	✓	✓	✓	✓	✓
Slowenien	1. Mai 2004	1. Jan. 2007	✓	✓	✓	✓	✓
Zypern	1. Mai 2004	1. Jan. 2008	✓	✓	✓	✓	✓
Estland	1. Mai 2004	1. Jan. 2011	✓	✓	✓	✓	✓
Frankreich	1. Jan. 1958	1. Jan. 1999	✓	✓	○	✓	✓
Italien	1. Jan. 1958	1. Jan. 1999	✓	○	✓	✓	✓
Irland	1. Jan. 1973	1. Jan. 1999	✓	○	✓	✓	✓
Belgien	1. Jan. 1958	1. Jan. 1999	✓	○	✓	✓	✓
Österreich	1. Jan. 1995	1. Jan. 1999	✓	○	✓	✓	✓
Niederlande	1. Jan. 1958	1. Jan. 1999	✓	○	✓	✓	✓
Deutschland	1. Jan. 1958	1. Jan. 1999	✓	○	✓	✓	✓
Malta	1. Mai 2004	1. Jan. 2008	✓	○	✓	✓	✓
Slowakei	1. Mai 2004	1. Jan. 2009	✓	○	✓	✓	✓
Portugal	1. Jan. 1986	1. Jan. 1999	✓	○	○	✓	✓
Spanien	1. Jan. 1986	1. Jan. 1999	✓	○	○	✓	✓
Lettland	1. Mai 2004	1. Jan. 2014	✓	✓	○	○	✓
Litauen	1. Mai 2004	1. Jan. 2015	✓	✓	○	○	✓
Griechenland	1. Jan. 1981	1. Jan. 2001	✓	○	○	○	✓

Quelle: Eurostat; eigene Berechnungen.

*Preisstab. = Preisstabilität ≤ 1,5%; StaatsVS = Staatsverschuldung ≤ 60%; NeuVS = Neuverschuldung ≤ 3%; Zinsstab. = Zinsstabilität ≤ 2%; WK-Stab. = Wechselkursstabilität ≥ 2 Jahre

Anhang 2.2: Zinssätze (in Prozent) und Zinssatzdifferenzen (in Prozentpunkten) zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum 2005 und 2015

Staat	2005	2015	Δ
Malta	4,6	1,5	-3,1
Lettland	3,9	0,9	-3,0
Deutschland	3,4	0,5	-2,9
Finnland	3,4	0,7	-2,7
Niederlande	3,4	0,7	-2,7
Österreich	3,4	0,7	-2,7
Slowakei	3,5	0,9	-2,6
Belgien	3,4	0,8	-2,6
Litauen	3,7	1,4	-2,3
Irland	3,3	1,2	-2,1
Slowenien	3,8	1,7	-2,1
Luxemburg	2,4	0,4	-2,0
Italien	3,6	1,7	-1,9
Spanien	3,4	1,7	-1,7
Portugal	3,4	2,4	-1,0
Zypern	5,2	4,7	-0,5
Frankreich	4,1	6,8	2,7
Griechenland	3,6	10,1	6,5
\emptyset	3,6	2,2	-1,4

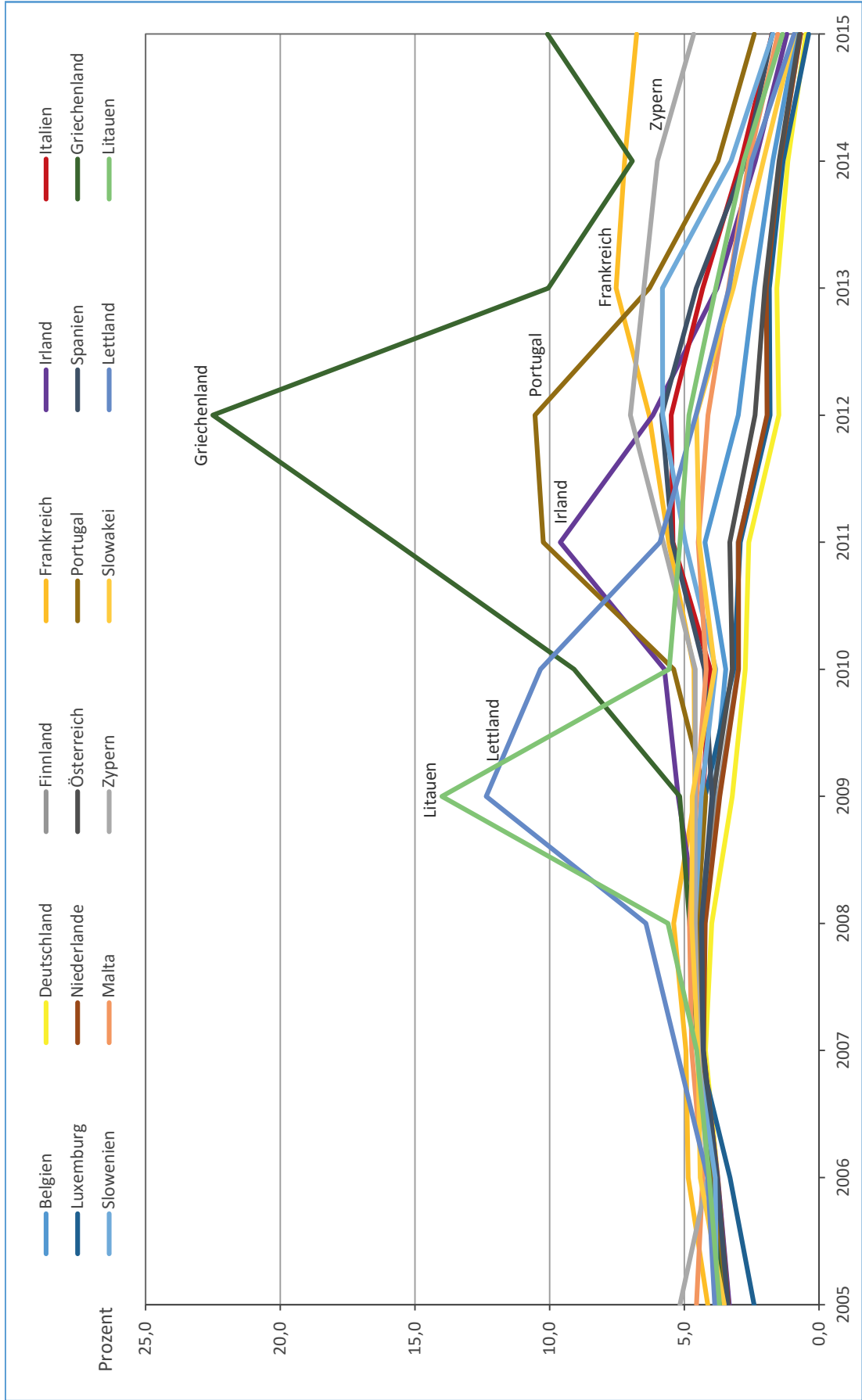
2005	
2<3%	1 Staat
3<4%	14 Staaten
>4%	3 Staaten

2015	
0<1%	8 Staaten
1<2%	6 Staaten
>2%	4 Staaten

Quelle: Europäische Zentralbank.

Anm. d. Verf.: Für Estland mit seiner sehr geringen Staatsverschuldung sind keine harmonisierten zehnjährigen Staatsanleihen, die dem gemeinsamen statistischen Rahmen folgen, ermittelbar.

Anhang 2.3: Zinssätze zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum (2005 – 2015)



Quelle: Europäische Zentralbank.

Anhang 2.4: Absolute Staatsverschuldung (in Mrd. Euro) im Euroraum
2005 und 2015

Staat	2005	2015	Δ
Frankreich	1.190,9	2.105,4	914,5
Italien	1.518,6	2.204,6	686,0
Spanien	393,5	1.054,0	660,5
Deutschland	1.540,3	2.150,0	609,7
Niederlande	267,0	449,6	182,6
Irland	44,7	204,4	159,7
Belgien	294,7	442,6	147,9
Portugal	106,9	227,1	120,2
Österreich	172,8	287,6	114,8
Griechenland	195,4	300,1	104,7
Finnland	65,8	128,3	62,5
Slowakei	17,0	41,6	24,6
Slowenien	7,7	30,6	22,9
Litauen	3,7	13,8	10,1
Zypern	9,3	19,2	9,9
Luxemburg	1,9	11,1	9,2
Lettland	1,6	8,6	7,0
Malta	3,6	5,7	2,1
Estland	0,5	2,0	1,5
Ø	307,2	509,8	202,6

Staat	x-fache Erhöhung
Luxemburg	5,84
Lettland	5,38
Irland	4,57
Estland	4,00
Slowenien	3,97
Litauen	3,73
Spanien	2,68
Slowakei	2,45
Portugal	2,12
Zypern	2,06
Finnland	1,95
Frankreich	1,77
Niederlande	1,68
Österreich	1,66
Malta	1,58
Griechenland	1,54
Belgien	1,50
Italien	1,45
Deutschland	1,40

Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat.

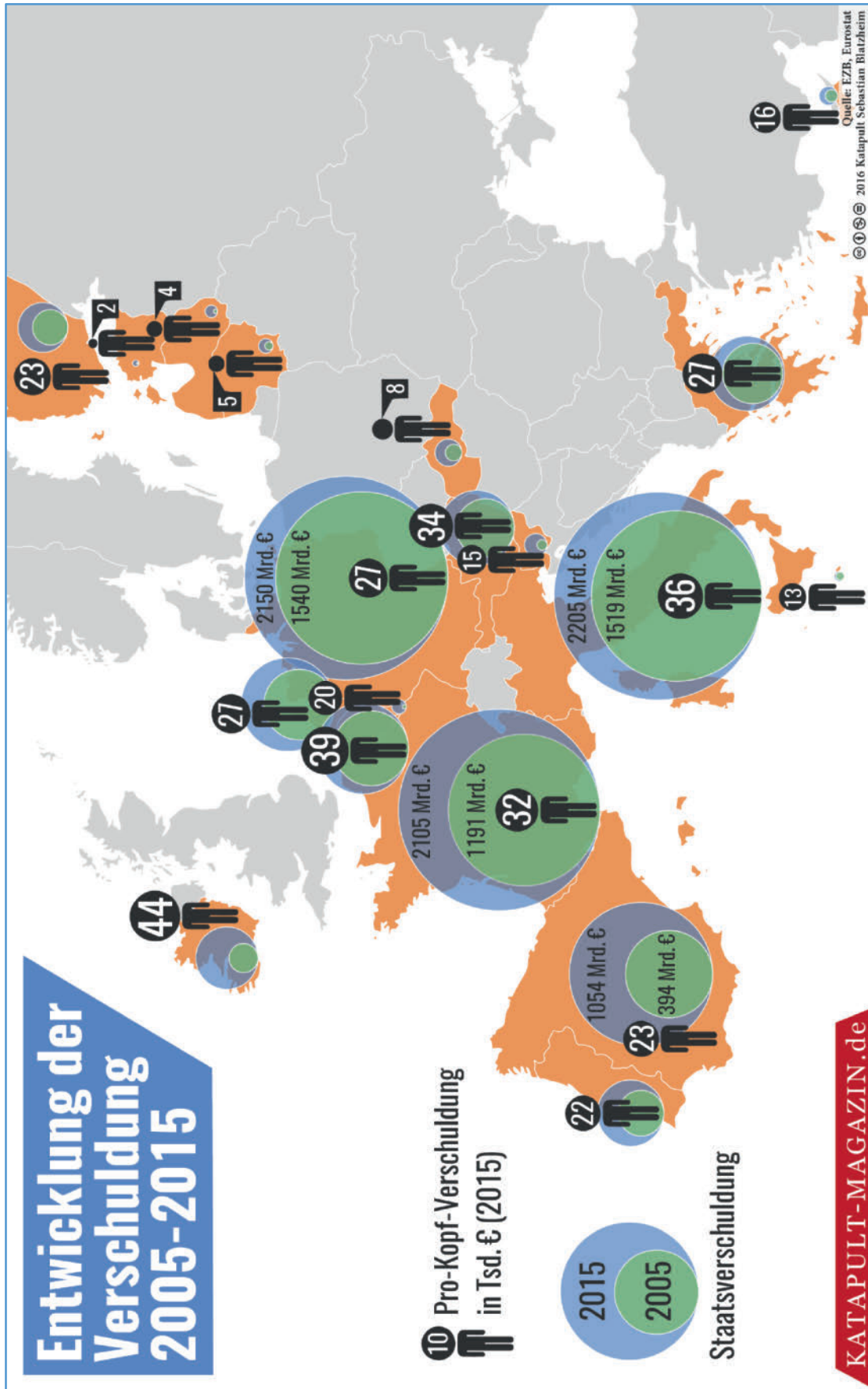
Anhang 2.5: Pro-Kopf-Staatsverschuldung (in Euro) im Euroraum 2005 und 2015

Staat	2005	2015	Δ
Irland	10.735	43.878	33.143
Luxemburg	4.052	19.829	15.777
Spanien	9.014	22.660	13.646
Frankreich	18.849	31.713	12.864
Österreich	21.007	33.571	12.564
Portugal	10.180	21.868	11.689
Belgien	28.122	39.275	11.153
Slowenien	3.841	14.809	10.968
Finnland	12.534	23.388	10.853
Niederlande	16.363	26.608	10.245
Griechenland	17.617	27.423	9.806
Italien	26.197	35.922	9.725
Deutschland	18.677	26.630	7.952
Zypern	9.017	16.494	7.477
Slowakei	3.173	7.663	4.490
Malta	8.939	13.200	4.261
Lettland	713	4.361	3.648
Litauen	1.114	4.726	3.612
Estland	378	1.533	1.155
∅	11.606	21.871	10.265

Staat	2015
Irland	43.878
Belgien	39.275
Italien	35.922
Österreich	33.571
Frankreich	31.713
Griechenland	27.423
Deutschland	26.630
Niederlande	26.608
Finnland	23.388
Spanien	22.660
Portugal	21.868
Luxemburg	19.829
Zypern	16.494
Slowenien	14.809
Malta	13.200
Slowakei	7.663
Litauen	4.726
Lettland	4.361
Estland	1.533
∅	21.871

Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat; Weltbank.

Anhang 2.6: Entwicklung der Verschuldung 2005 – 2015
(vgl. Anhänge 2.4 und 2.5)



Anhang 2.7: Absolute Staatsverschuldung (in Mrd. Euro) im Euroraum
(1995 – 2015)

	Belgien	Deutschland	Finnland	Frankreich	Irland	Italien	Luxemburg	Niederlande	Österreich
1995	276,3	1.041,0	54,4	683,5	43,5	1.151,5	1,2	238,0	119,8
1996	276,3	1.109,5	56,5	751,3	43,1	1.213,5	1,3	242,9	123,8
1997	278,4	1.156,1	57,9	794,0	43,6	1.239,9	1,3	239,3	119,0
1998	277,2	1.199,0	56,4	829,3	42,6	1.258,2	1,3	243,1	124,6
1999	279,4	1.239,6	55,9	847,9	43,5	1.285,1	1,3	241,3	135,1
2000	280,9	1.245,8	57,9	871,4	39,5	1.302,6	1,4	230,1	140,4
2001	285,9	1.256,9	59,2	898,3	41,4	1.360,3	1,5	232,1	146,3
2002	288,0	1.309,1	59,7	957,7	41,9	1.371,7	1,6	238,2	150,0
2003	285,7	1.397,9	64,9	1.051,4	43,3	1.397,5	1,7	249,8	151,3
2004	288,3	1.469,1	67,7	1.124,6	43,9	1.449,7	1,8	259,9	156,5
2005	294,7	1.540,3	65,8	1.190,9	44,7	1.518,6	1,9	267,0	172,8
2006	297,1	1.588,5	65,9	1.195,0	44,0	1.588,1	2,3	257,6	178,7
2007	299,6	1.598,1	63,4	1.253,8	47,2	1.605,9	2,6	259,9	183,0
2008	327,3	1.666,2	63,3	1.358,2	79,6	1.671,1	5,4	348,1	200,0
2009	346,9	1.783,7	75,5	1.531,6	104,5	1.769,8	5,6	348,9	228,2
2010	363,7	2.090,0	88,2	1.632,5	144,2	1.851,2	7,7	372,6	242,7
2011	387,6	2.118,5	95,5	1.754,3	190,1	1.907,5	8,1	396,4	253,7
2012	403,1	2.195,8	105,7	1.869,2	210,2	1.989,4	9,6	428,6	258,9
2013	412,6	2.181,9	112,7	1.953,5	215,3	2.069,7	10,9	442,2	260,9
2014	427,3	2.184,3	121,8	2.037,8	203,2	2.135,9	11,2	452,1	277,4
2015*	442,6	2.150,0	128,3	2.105,4	204,4	2.204,6	11,1	449,6	287,6

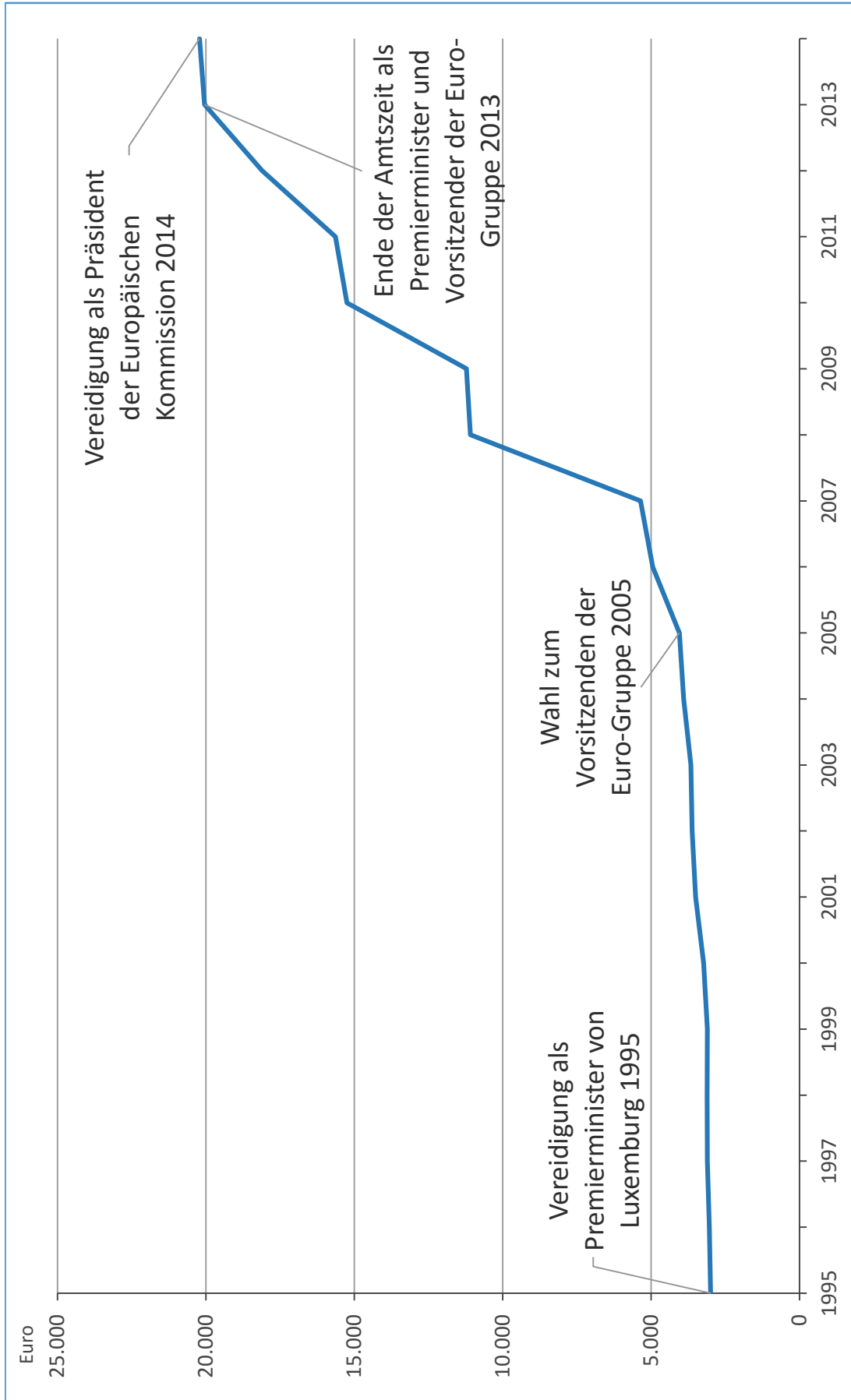
* 2. Quartal 2015

Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat.

	Portugal	Spanien	Griechenland	Slowenien	Malta	Zypern	Slowakei	Estland	Lettland	Litauen
1995	51,9	283,5	100,6	1,9	1,0	3,7	4,3	0,2	0,6	0,9
1996	56,1	320,0	114,8	2,6	1,2	3,9	6,7	0,3	0,6	1,4
1997	56,5	333,6	124,4	3,1	1,6	4,4	8,1	0,3	0,6	1,8
1998	57,7	346,4	125,9	3,5	1,8	5,0	9,0	0,3	0,5	2,2
1999	61,1	362,2	136,1	4,1	2,4	5,3	13,4	0,3	0,8	2,9
2000	64,6	374,6	147,9	4,9	2,5	5,8	15,7	0,3	0,8	3,1
2001	72,6	378,9	162,6	5,5	2,8	6,5	16,6	0,3	1,0	3,3
2002	80,1	384,1	171,0	6,4	2,9	7,1	16,0	0,4	1,1	3,4
2003	85,7	382,8	181,1	6,9	3,3	8,1	17,2	0,5	1,3	3,4
2004	94,5	389,9	199,0	7,4	3,5	8,9	18,7	0,5	1,6	3,4
2005	106,9	393,5	195,4	7,7	3,6	9,3	17,0	0,5	1,6	3,7
2006	115,0	392,2	224,2	8,2	3,5	9,4	17,3	0,6	1,7	4,2
2007	120,1	383,8	239,9	8,0	3,6	9,4	18,8	0,6	1,9	4,6
2008	128,2	439,8	264,7	8,2	3,8	8,5	19,3	0,7	4,5	4,8
2009	146,7	568,7	300,9	12,5	4,2	10,0	23,0	1,0	6,9	7,8
2010	173,1	649,3	330,4	13,8	4,5	10,8	27,5	1,0	8,5	10,2
2011	196,2	743,5	356,0	17,1	4,8	12,9	30,5	1,0	8,7	11,6
2012	212,5	890,7	304,8	19,3	4,9	15,4	37,6	1,7	9,0	13,3
2013	219,6	966,0	319,2	25,4	5,2	18,5	40,3	1,9	8,9	13,6
2014	225,8	1.033,7	317,1	30,1	5,4	18,8	40,4	2,1	9,6	14,8
2015*	227,1	1.054,0	300,1	30,6	5,7	19,2	41,6	2,0	8,6	13,8

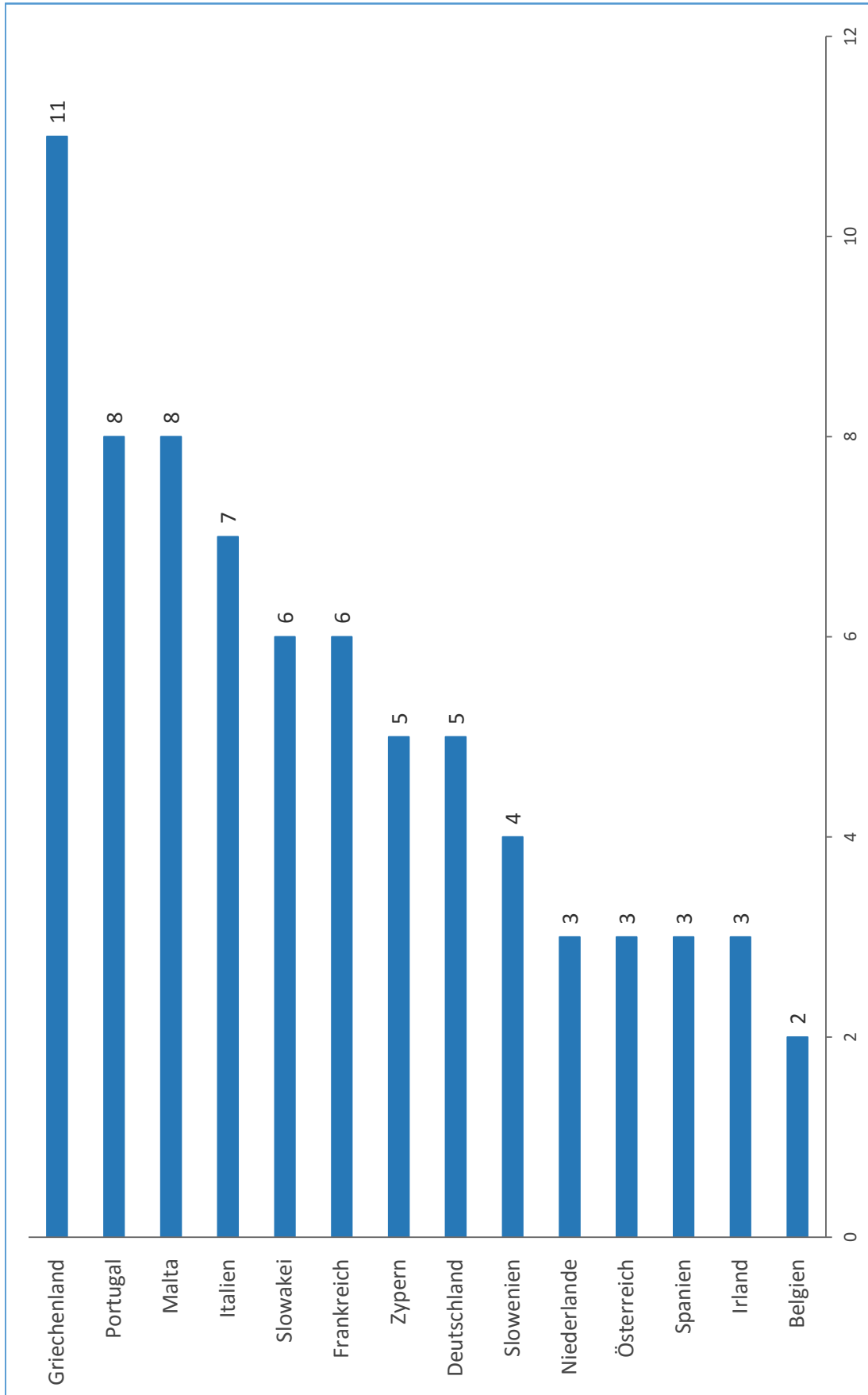
* 2. Quartal 2015

Anhang 2.8: Pro-Kopf-Staatsverschuldung in Luxemburg und politische Karriere von Jean-Claude Juncker (1995 – 2014)



Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat; juncker.epp.eu. Jean-Claude Juncker war von 1989 bis 2009 auch Finanzminister von Luxemburg.

Anhang 2.9: Anzahl der Verstöße gegen die Stabilitätskriterien der Eurozone (2000 – 2010)



Quelle: Statista.

Anhang 3.1: Vervielfachung der absoluten Staatsverschuldung bis 2015 im Vergleich zum Schuldenstand 1995 in den heutigen Euroländern (vgl. Anhang 2.7)

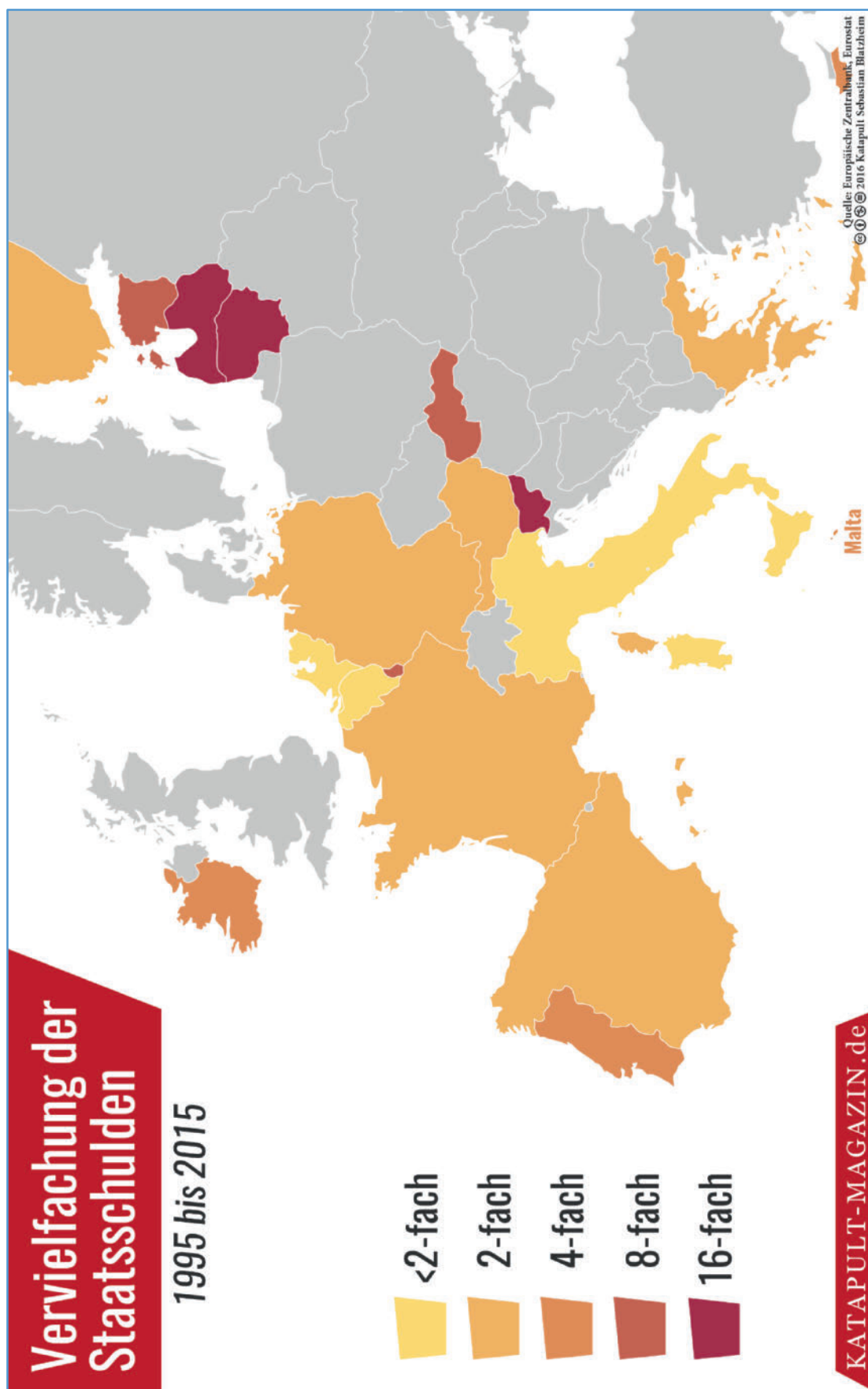
keine Verdopplung	Verdopplung	Vervier-fachung	Veracht-fachung	Versechzehn-fachung
Belgien	Deutschland	Irland	Luxemburg	Slowenien
Italien	Finnland	Portugal	Slowakei	Lettland
Niederlande	Frankreich	Malta	Estland	Litauen
	Österreich	Zypern		
	Spanien			
	Griechenland			

Anhang 3.2: Pro-Kopf-Staatsverschuldung (in Euro) und ihre Vervielfachung in den heutigen Euroländern für 1995, 2005 und 2015

		1995	2005		2015		Vervielfachung		
							95-05	05-15	95-15
1	Belgien	27.252	(1)	28.122	(2)	39.275	1,0	1,4	1,4
2	Italien	20.258	(2)	26.197	(3)	35.922	1,3	1,4	1,8
3	Niederlande	15.394	(7)	16.363	(8)	26.608	1,1	1,6	1,7
4	Österreich	15.077	(3)	21.007	(4)	33.571	1,4	1,6	2,2
5	Deutschland	12.745	(5)	18.677	(7)	26.630	1,5	1,4	2,1
6	Irland	12.058	(9)	10.735	(1)	43.878	0,9	4,1	3,6
7	Frankreich	11.479	(4)	18.849	(5)	31.713	1,6	1,7	2,8
8	Finnland	10.641	(8)	12.534	(9)	23.388	1,2	1,9	2,2
9	Griechenland	9.462	(6)	17.617	(6)	27.423	1,9	1,6	2,9
10	Spanien	7.197	(12)	9.014	(10)	22.660	1,3	2,5	3,1
11	Portugal	5.178	(10)	10.180	(11)	21.868	2,0	2,1	4,2
12	Zypern	4.295	(11)	9.017	(13)	16.494	2,1	1,8	3,8
13	Luxemburg	2.998	(14)	4.052	(12)	19.829	1,4	4,9	6,6
14	Malta	2.821	(13)	8.939	(15)	13.200	3,2	1,5	4,7
15	Slowenien	968	(15)	3.841	(14)	14.809	4,0	3,9	15,3
16	Slowakei	796	(16)	3.173	(16)	7.663	4,0	2,4	9,6
17	Litauen	247	(17)	1.114	(17)	4.726	4,5	4,2	19,1
18	Lettland	227	(18)	713	(18)	4.361	3,1	6,1	19,2
19	Estland	159	(19)	378	(19)	1.533	2,4	4,1	9,6

Quelle: Europäische Zentralbank, Eurostat.

Anhang 3.3: Vervielfachung der Staatsschulden 1995 bis 2015
(vgl. Anhang 2.7)



Beiträge der Verfasser zu den Wirtschaftswissenschaftlichen Diskussionspapieren der Universität Greifswald

- Jan Körnert und Jörn von Elsenau: Schuldenexplosion trotz Zinslastschwund. Partialanalyse zur Schuldenpolitik der Euroländer für den Zeitraum von 1995 bis 2015. Nr. 1/2016, 32 Seiten.
- Jan Körnert und Oliver Nehring: Erfolgsabhängige Vergütung nach dem Reichgesetz über das Kreditwesen (RKWG) – Prolog zur Regulierung der Boni für Bankiers. Nr. 2/2014, 22 Seiten.
- Jan Körnert und Inna Romānova: Herausforderungen des lettischen Bankensystems in den Krisen 1995, 1998 und 2008. Nr. 10/2013, 16 Seiten.
- Jan Körnert und Klemens Grube: Faktortheoretisch-konzeptionelle Fundierung des internen Rechnungswesens der Banken. Nr. 4/2012, 24 Seiten.
- Jan Körnert: Anfänge eines Paradigmenwechsels und Einführung von Solvabilitätsnormen für Banken zwischen 1850 und 1934. Nr. 2/2012, 22 Seiten.
- Jan Körnert und Klemens Grube: Personalien zum Aufstieg und Fall der Deutschen Evangelischen Heimstättengesellschaft (Devaheim). Nr. 1/2012, 27 Seiten.
- Jan Körnert: Zur Regelungsgeschichte finanzieller Existenzbedingungen der Banken. Nr. 6/2011, 37 Seiten.
- Jan Körnert: Cooperative banking in Sweden in the 1990s. Nr. 3/2011, 15 Seiten.
- Jan Körnert und Klemens Grube: Aufstieg und Fall der kirchlichen Bausparkasse Devaheim (1926-1931). Nr. 1/2010, 28 Seiten.
- Jan Körnert: Haftungsqualität von Fortführungsprognosen in der Überschuldungsdefinition des § 19 InsO. Nr. 6/2009, 11 Seiten.
- Jan Körnert und Kristin Wagner: Ökonomische Einwände gegenüber der geänderten Überschuldungsregelung in der Insolvenzordnung nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz. Nr. 2/2009, 14 Seiten.
- Jan Körnert: Finnlands Genossenschaftsbanken vor, während und nach der nordischen Bankenkrise zu Beginn der 1990er Jahre. Nr. 1/2009, 18 Seiten.
- Jan Körnert: Zur Ermittlung liquiditätsmäßig-finanzieller Ergebnisbeiträge in Banken: Drei Methoden im kritischen Überblick. Nr. 12/2007, 15 Seiten.
- Jan Körnert: Liquidity and solvency problems during the banking crises of the National Banking Era. Nr. 5/2006, 19 Seiten.
- Jan Körnert und Cornelia Wolf: Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen zur Balanced Scorecard. Nr. 2/2006, 19 Seiten.
- Jan Körnert: Analyse der Finanzmärkte der USA in den fünf Bankenkrisen der National Banking-Ära. Nr. 1/2006, 20 Seiten.
- Jan Körnert und Fabiana Rossaro: Ermittlung des Eigenkapitalbeitrags in der Marktzinsmethode bei zwei Engpässen. Nr. 3/2005, 15 Seiten.

Jan Körnert: Balanced Scorecard-Perspektiven für die Kreditwirtschaft. Nr. 1/2005, 25 Seiten.

Jan Körnert und Robert Straßner: Schwedens Bankenkrise und das Rating von Nordbanken und Gota Bank in den 1990er Jahren. Nr. 6/2004, 36 Seiten.

Cornelia Wolf und Jan Körnert: Stakeholder Scorecard versus Balanced Scorecard. Nr. 2/2004, 10 Seiten.

Jan Körnert: Empirische Befunde zur Balanced Scorecard: Umsetzungsstand und Konsequenzen. Nr. 11/2003, 11 Seiten.

Jan Körnert, Bernd Nolte und Marén Holdschick: Neuere Entwicklungen im italienischen Bankensystem. Nr. 10/2003, 10 Seiten.

Robert Straßner und Jan Körnert: Strategische Allianzen als betriebswirtschaftliches Konzept zur strategischen Unternehmensführung. Nr. 9/2003, 56 Seiten.

Jan Körnert, Jan Hendrik Abendroth, Marén Holdschick und Robert Straßner: Internationale Preisindexanleihen als Instrument zum Schutz vor Inflation und zum Schätzen von Inflationserwartungen. Nr. 8/2003, 13 Seiten.

Quellenangaben für die Texte und das Interview

Quellenangaben für die im Vorwort erwähnten und hier abgedruckten Texte 1 bis 3:

Jan Körnert und Jörn von Elsenau: In 29 Jahren ist Deutschland schuldenfrei. Katapult – Magazin für Kartografie und Sozialwissenschaft. <http://katapult-magazin.de/de/artikel/artikel/fulltext/in-29-jahren-ist-deutschland-schuldenfrei/> (23. Januar 2016). Wiederabgedruckt in: Katapult – Magazin für Kartografie und Sozialwissenschaft, Greifswald, Heft 1, April 2016, S. 51–53.

Jan Körnert und Jörn von Elsenau: Wenn der Schiedsrichter die Tore schießt. Katapult – Magazin für Kartografie und Sozialwissenschaft. <http://katapult-magazin.de/de/artikel/artikel/fulltext/wenn-der-schiedsrichter-die-tore-schiesst/> (29. Januar 2016).

Jan Körnert und Jörn von Elsenau: Wohlstand durch Schulden. Katapult – Magazin für Kartografie und Sozialwissenschaft. Greifswald, Heft 1, April 2016, S. 54–56.

Quellenangabe zum im Vorwort erwähnten Radiointerview:

Jan Körnert: Karte der Woche. Schuldenfrei nach der Euro-Einführung. Europas vertane Chance. <http://detektor.fm/wirtschaft/karte-der-woche-schuldenfrei-nach-der-euro-einfuehrung-europas-vertane-chance> (29. Februar 2016).

Jan Körnert u. Klemens Grube (Hrsg.)
(2014): 100 Jahre Rechts- und Staats-
wissenschaftliche Fakultät an der
Universität Greifswald. Festgabe
zum Jubiläum. Greifswald,
ISBN 978-3-00-047437-8, 90 Seiten,
85 Abbildungen.



Mit Erlass vom Juli 1914 bestimmte der damalige preußische Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten die Zusammenlegung der juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Ordinarien der Universität Greifswald. Dabei wurden die wirtschaftswissenschaftlichen Ordinarien aus der Philosophischen Fakultät ausgegliedert und der Juristischen Fakultät zugeteilt. Mit Beginn des Wintersemesters 1914/15 trug die bereits seit Gründung der Universität Greifswald bestehende Juristische Fakultät den neuen Namen „Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät“. Die Festgabe nimmt vier Reden – gehalten von zwei Juristen und zwei Ökonomen – zur Fakultätsgeschichte der letzten 100 Jahre auf. Zudem sind Grußworte des Ministerpräsidenten und der Rektorin abgedruckt. Darüber hinaus enthält sie Beschreibungen der Lehrstühle und Lehrstuhlinhaber aus den Jahren 1914 und 2014 sowie weitere Informationen rund um das Jubiläum und die Festveranstaltung.

Die Festgabe ist erhältlich beim
Verein zur Förderung der
Wirtschaftswissenschaften
an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität
Greifswald e.V.
foerderverein.wiwi@uni-greifswald.de

Schutzgebühr 10 Euro
(5 Euro für Mitglieder des Fördervereins Wirtschaftswissenschaften)

